Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 80 (1986)

Heft: 5

Artikel: Brief aus dem Nationalrat : das Referendum gegen die Asylgesetzgebung wird brennend

Autor: Braunschweig, Hansjörg

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143263

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Das Referendum gegen die Asylgesetzgebung wird brennend

Nur zaghaft stellte ich am Ende des letzten Briefes die Frage nach den Referenden gegen die Teilrevisionen des Asylgesetzes und des ANAG (Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer).

Nach der massiven UNO-Niederlage vom 16. März 1986 müssen wir nochmals mit einer verlorenen Abstimmung rechnen: Bundesrat, Flüchtlingsdelegierter und die kantonalen Fremdenpolizeien werden sich auf eine Gesetzgebung berufen können, die nicht nur vom Parlament, sondern auch vom Volk angenommen sein würde. Einzelne Asylbewerber und an der Grenze Abgewiesene wären die Leidtragenden. Zorn und Empörung über die Gesetzesrevision können diese Zweifel nicht aus der Welt schaffen. Wäre aber die Kapitulation vor dem Referendum nicht die viel grössere Niederlage? *Kann ein politischer Entscheid der Gegenwart falsch sein, der geschichtlich richtig ist?*

Ermutigend für mich war die Stellungnahme des Redaktors und der Redaktionskommission der «Neuen Wege». Der Schweizerische Friedensrat lädt zur Gründung eines Referendumskomitees ein: am Samstag, 24. Mai 1986, 14.30 Uhr, im Bahnhofbuffet Bern. Unterlagen können bezogen werden bei: SFR, Postfach 6386, 8023 Zürich.

Für den Parteitag der SPS am 21./22. Juni 1986 in Lausanne haben sechs Sektionen aus fünf verschiedenen Kantonen Anträge zugunsten des Referendums eingereicht: Dübendorf ZH, Bern-Ost, Oron VD, Spalen Basel, Stadt St. Gallen und Bern-Süd. Im gleichen Sinn lautet ein Resolutionsentwurf der Bevölkerungspolitischen Kommission der SPS.

Bundesrat und Privatwirtschaft provozieren neue Flüchtlingswellen

Das Referendum richtet sich nicht nur gegen einzelne Bestimmungen der Revisionsvorlage, sondern ebensosehr gegen die zunehmende Fremdenfeindlichkeit, die sich auch gegen Schweizer kehrt, die nicht zu den Reichen und Privilegierten gehören: ältere Arbeitnehmer, Jugendliche ohne Berufslehre, alleinstehende Mütter, Arbeitslose, Rentenempfänger, Stipendiaten etc.

Ebensosehr richtet sich das Referendum gegen aussenwirtschaftliche Massnahmen und Beschlüsse des Bundesrates und der schweizerischen Privatwirtschaft, die Flüchtlingsströme nicht mindern, sondern verstärken. Auf diesen Zusammenhang machte die SPS im Dezember 1985 in ihrem Arbeitspapier zur Vollzugskrise im Asylrecht aufmerksam. Und Nationalrat Moritz Leuenberger doppelte nach: «So müsste der Kredit für einen Staudamm in Sri Lanka, der zurzeit gebaut wird, davon abhängig gemacht werden, dass auch Tamilen daran mitarbeiten können. . . Oder Exportrisikogarantien (ERG) an die Türkei dürften nur noch erteilt werden, wenn die Verfolgung der Kurden eingestellt würde.»

Beispiel Türkei

Eine Woche vor dem 1. Mai sicherte der Bundesrat dem Badener Brown-Boveri-Konzern eine ERG von 710 Millionen Schweizerfranken für den Bau des Marmara-Kohlekraftwerks zu – wohlver-

standen gegen den Rat der ERG-Kommission. Vertragspartner des Bundesrates war Fritz Leutwiler, früher Nationalbankpräsident, heute Präsident des BBC-Verwaltungsrates, auf dass jeder sehe, weswegen die Privatwirtschaft ehemalige Bundesräte, hohe Offiziere, Beamte und Diplomaten als Verwaltungsräte angelt. Wer sagte da, Bundesrat, Parlament oder Volk regierten in der Schweiz?

Bundesrat Furgler verteidigte die Zustimmung mit den üblichen wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Argumenten und verwies auf OECD und Weltbank als Vorbilder! Eine erweiterte ethische Wunschliste (entwicklungs-, umwelt- und menschenrechtspolitische Anliegen) gehöre nicht in die Aussenhandelspolitik, bemerkte Furgler, der so gehaltvoll von Gott und Menschenwürde sprechen kann, wenn es nicht gerade um Geschäfte geht. . .

Am 1. Mai 1986 führte der Solifonds der Gewerkschaften, der SP und einiger Entwicklungsorganisationen eine Aktion zugunsten von 1471 Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern durch, die in der Türkei vor Gericht stehen, nachdem sie teilweise zuvor inhaftiert und gefoltert worden waren. (Solifonds, Quellenstr. 31, 8005 Zürich, stellt Unterlagen zur Verfügung.)

Die Erklärung von Bern (Quellenstrasse 25, 8005 Zürich) hat kürzlich eine Dokumentation zu den aktuellen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und der Türkei unter dem Titel «Die Schweiz produziert Flüchtlinge» herausgegeben. Daraus geht hervor, dass in Südostanatolien 55'000 Menschen ihre Heimat wegen des Atatürk-Stausees (schon wieder Schweizer Investitionen) verlassen müssen. Vielleicht schon morgen bitten sie in Basel oder Zürich um Asyl!

Bekanntlich bewilligte der Bundesrat im letzten Jahr ein 117-Millionen-Waffengeschäft mit der Türkei. Niemand weiss, ob diese 35-mm-Flabkanonen früher oder später nicht auf Cypern oder im Krieg gegen die Kurden zum Einsatz kommen werden. Der Bundesrat machte es sich in seiner Antwort auf meine einfache Anfrage vom 19.12.1985 sehr einfach (einmal mehr bewies er seine Dialogunfähigkeit): «Zwischen den Kriegsmaterialexporten und dem Andrang von Asylsuchenden in der Schweiz besteht kein Zusammenhang.» Ist es Zufall, dass die Zahl der türkischen Asylsuchenden in der Schweiz zwischen 1980 und 1985 von 627 auf 3844 angestiegen ist, übrigens eine Zahl, die unser Land ohne weiteres aufnehmen könnte.

Aber die Entwicklung der aussenwirtschaftlichen Beziehungen und das Ansteigen türkischer Asylsuchender wird weitergehen: Die Pilatus-Flugzeugwerke in Stans möchten der Türkei 70 Trainingsflugzeuge vom Typus PC-7 oder PC-9 verkaufen, welche die Türkei dringend benötige. Damit würde erstmals ein Nato-Mitglied beliefert! «Die Firma Pilatus hat dem türkischen Departement für auswärtige Investitionen ein Gesuch eingereicht für den Bau eines Montagewerks», das für die Lizenzproduktion vorgesehen sei. Das entnehmen wir einer Broschüre der Handelskammer Schweiz-Türkei. Die Frage, ob langfristig die Exportproduktion von Stans in die Türkei verlegt werden soll, sei verfrüht. Offenbar steht die Auslagerung der Arbeitsplätze zur Diskussion, mit denen letztes Jahr der Pilatus-Export gerechtfertigt worden ist. . . Hansjörg Braunschweig

. . . so hat die Schweiz die Beachtung bzw. Missachtung der Menschenrechte durch ein Land nie zu einem Kriterium für den Gütertransport gemacht . . .

(Bericht des Bundesrates über die schweizerische Menschenrechtspolitik, Bundesblatt 1982, Band II, S. 770)

Hinweise auf Bücher

Carl Ordnung: *Feindbild und Friedenshoffnung.* Antikommunistische Deformationen der christlichen Botschaft. Union Verlag, DDR-1080 Berlin (Charlottenstrasse 79) 1985. 127 Seiten, 5.80 Mark.

Unter dem Titel «Gemeinsame Sicherheit und Feindbilder» erschien im Dezemberheft 1984 der «Neuen Wege» ein Artikel von Carl Ordnung, in dem dieser das religiös überhöhte Feindbild des Antikommunismus analysierte. Er wies auf den entscheidenden Unterschied zwischen dem «relativen Feindbild» des Kommunismus und dem «absoluten Feindbild» des Antikommunismus hin: Während nämlich Kommunisten im kapitalistischen Imperialismus ein historisch notwendiges Entwicklungsstadium sehen, das mit friedlichen Mitteln zu überwinden sei, sehen Antikommunisten im Kommunismus das «Reich des Bösen», das es zu liquidieren gelte. Dass diese zweite Position christlich nicht verantwortet werden kann, zumal sie den Dritten Weltkrieg ideologisch vorprogrammiert, ist auch die Grundaussage des neuen, gut dokumentierten Buches von Carl Ordnung.

Der Verfasser geht ebenfalls den hausgemachten Ursachen des Antikommunismus nach und zitiert aus dem 1981 erschienenen Sammelband «Antikommunismus heute»: «Wenn gravierende Fehler bei der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft gemacht werden, wenn die marxistisch-leninistische Partei die sozialistische Demokratie nicht stetig entwickelt, die Werktätigen nicht an der Leitung und Planung des sozialistischen Aufbaus beteiligt, nicht gegen Erscheinungsformen des Bürokratismus kämpft, dann können Antikommunismus und die subversive Tätigkeit des Imperialismus auf fruchtbaren Boden fallen.»

Immer wieder spürbar ist in diesem Buch das Ringen mit friedensbewegten, aber oppositionellen jungen Christen in der DDR. Ihnen hält Ordnung vor: «Es dient jedenfalls nicht dem Frieden, wenn man einer Regierung, die für die Stationierung von Nato-Erstschlagswaffen gestimmt hat, in der gleichen Weise gegenübertritt wie einer Regierung, die den schwedischen Vorschlag zur Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa akzeptiert hat.» Unter Berufung auf Ernesto Cardenal wird gesagt, «eine Entwaffnung des Sozialismus diene nach seiner Sicht nicht dem Frieden».

Müsste der Sozialismus nicht auch bedenken, welche Auswirkungen gerade einseitige Schritte der Abrüstung, angefangen bei Gorbatschows derzeitigem Atomtest-Moratorium, auf die öffentliche Meinung in den westlichen Demokratien hätten? Ich stelle diese Frage als einer, der von sich glaubt, den Antikommunismus überwunden zu haben, auch jene «Furcht, mit Kommunisten verwechselt zu werden», die Carl Ordnung «die sublimste Form des Antikommunismus» nennt.

Willy Spieler

Johannes Harder: *Lebensweisheit des russischen Volkes.* Herderbücherei Band 1244, Freiburg im Breisgau 1985. 128 Seiten, DM 7.90.

Johannes Harder, selbst ein gebürtiger Ostrusse, legt mit diesem Taschenbuch den Freunden des russischen Volkes eine kostbare Gabe vor. Sie stammt aus einem anhaltenden Umgang mit dem Geschick dieses riesigen, weithin unbekannten, argwöhnisch beobachteten, schnell gehassten Landes, das dem hochmütigen Westen so unheimlich vorkommt. Warum wird der Versuch, diesem Volk und Land in Wahrheit und Liebe zu begegnen, so wenig unternommen? Vielleicht, weil eine unfassbar überlegene Geisteswelt und eine ungebändigte Kraft sich mit einer für uns nahezu unverständlichen Leidensfähigkeit in den inneren und äusseren Krisen verbinden. Solches ist mit westlicher Ratio allein nicht zu fassen. Sie erschliesst sich nur dem geöffneten Herzen. Aus dieser Quelle hat unser Freund geschöpft.

Er versucht, die Fülle dieses zu hebenden Schatzes in den elf Kapiteln so zu fassen, dass er die Sprachwurzeln (z.B. von «Mensch», «Armut und Reichtum», «Natur», «Revolution» usw.) aufdeckt und dem die Weisheit «Aus dem Volk», «Aus der Literatur», «Aus der Philosophie» (im weitesten Sinn) folgen lässt. Jedes Kapitel bietet überraschende Einblicke in die russische Seelenart und Denkweise. . . Ein kleines Taschenbuch, aber eine reiche Blumenlese (Anthologie) der Lebensweisheit des russischen Volkes.

Die «Einführung» und ein «Essay über die Weisheit» fassen die Sammlung zusammen. Sie bezeugen das Ringen des Verfassers mit den Fragen und Antworten, welche dieser Volksschatz an Weisheit zu spenden vermag. Es bleibt zuletzt «die Hoffnung auf ein neues Russland und eine erneuerte Menschheit» als Anfang und Ende aller Weisheit.

Albert Böhler

Corrigendum

Im letzten Heft, S. 165, unten, heisst es im Zitat nicht «Gütertransport», sondern «Güterexport».